

12. Sitzung der Enquete Kommission „Wirtschafts- und Standortfaktor Tourismus in Rheinland-Pfalz“ am 10. August 2018 in Mainz

Berichterstattung über den aktuellen Stand zu Finanzierung, Organisation, Zuständigkeiten, zu erwarteter Effekte für den Tourismus allgemein und besonders für das Mittelrheintal anlässlich der Bundesgartenschau 2031 zur Sitzung am 10. August 2018

In der 11. Sitzung der Enquete Kommission 17/1 „Tourismus RLP“ am 25. Mai 2018 wurde die Landesregierung für die folgende Sitzung um „Berichterstattung über den aktuellen Stand zu Finanzierung, Organisation, Zuständigkeiten, zu erwarteter Effekte für den Tourismus allgemein und besonders für das Mittelrheintal anlässlich der Bundesgartenschau 2031“ gebeten. Demgemäß berichtet die Landesregierung wie folgt:

1. Bundesgartenschau Oberes Mittelrheintal 2031

Am 17. Mai 2018 ist die Entscheidung für eine Bundesgartenschau im UNESCO Welterbe Oberes Mittelrheintal (BUGA) gefallen. Bereits einen Tag nach der Bereisung des Oberen Mittelrheintals am 16. Mai 2018 durch die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft mbH (DBG), hat sich der Verwaltungsrat der DBG für die Durchführung einer BUGA im Oberen Mittelrheintal ausgesprochen.

Die DBG hat dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal (ZV WOM), der die Bewerbung für die Gartenschau eingereicht hat, die Option eröffnet, bereits zwei Jahre früher zum Zug zu kommen und die BUGA 2029 zu veranstalten. Darüber wird der ZV WOM voraussichtlich im August 2018 befinden müssen.

Die grundlegenden Leitlinien und die Konzeption für die BUGA im Oberen Mittelrheintal sowie auch die bis dato möglichen Vorstellungen zu Finanzierung, Organisation und Zuständigkeiten sind in der Publikation „*Ergebnisse der Machbarkeitsstudie BUGA 2031 Bundesgartenschau Oberes Mittelrheintal*“ dokumentiert. Die Machbarkeitsstudie ist im Internet unter <https://buga2031.blog/> abrufbar.

Die Vorbereitung und Durchführung einer solchen BUGA betrifft die unterschiedlichsten Bereiche und damit fast alle Ressorts. Neben dem Bereich Tourismus sind u. a. strukturpolitische, infrastrukturelle, städtebauliche, verkehrliche und umweltrechtliche Aspekte betroffen, die einer noch durchzuführenden intensiven Abstimmung der

zuständigen Ministerien bedürfen. Insoweit muss derzeit noch auf die Ausführungen in der Machbarkeitsstudie verwiesen werden.

Wie dort ab S. 78 dargestellt ist, soll die Refinanzierung durch Fördermittel und Zuschüsse der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz in Höhe von zusammen 54,9 Mio. Euro, einen Eigenanteil der Kommunen des ZV WOM in Höhe von 14,4 Mio. Euro sowie Eigeneinnahmen der BUGA 2031 GmbH in Höhe von 38,7 Mio. Euro (Ticketing, Merchandising, Sponsoring) erfolgen. Ergänzend und konkretisierend zu den Informationen der Machbarkeitsstudie sei hier darauf hingewiesen, dass die Landeszuweisungen ganz überwiegend (bis zu 48,6 Mio. Euro) vom Land Rheinland-Pfalz bereit gestellt werden. Davon können bis zu 10 Mio. Euro für den Durchführungshaushalt der BUGA GmbH gezahlt werden und in Abhängigkeit von den tatsächlich getätigten Investitionen sowie den Förderquoten können bis zu 38,6 Mio. Euro als Investitionshilfen geleistet werden.

Inwieweit für einzelne Maßnahmen zur Umsetzung der Bundesgartenschau 2031 Raumordnungs- oder Zielabweichungsverfahren durchzuführen sind, kann in dem frühen Stadium der Planungen noch nicht hinreichend beantwortet werden.

2. Effekte von Gartenschauen

In Rheinland-Pfalz fanden seit dem Jahr 2000 vier Landesgartenschauen statt, die ihre nachhaltigen Spuren in Kaiserslautern (2000), Trier (2004), Bingen am Rhein (2008) und in Landau (2015) hinterlassen haben.

In Koblenz fand im Jahr 2011 die erste rheinland-pfälzische Bundesgartenschau statt.

In allen Ausrichterstädten wurden strukturelle Entwicklungen angestoßen, die weit in die Zukunft reichen.

2.1 Wirtschaftliche Effekte von Landesgartenschauen

Die rheinland-pfälzische Landesregierung setzt Landesgartenschauen als struktur- und wirtschaftspolitisches Instrument ein, um eine nachhaltige Entwicklung so genannter harter und weicher Standortfaktoren zu initiieren. Mit dauerhaften Impulsen für Wirtschaft und Tourismus, Stadtentwicklung, Verkehrsinfrastruktur, Landschaftspflege, sowie Grün- und Freiflächen sollen Städte und Regionen aufgewertet und damit Arbeitsplätze gesichert und geschaffen werden.

Mit dieser nachhaltigen städtebaulichen und freiraumplanerischen Entwicklung wird auch die militärische und zivile Konversion verfolgt. Brachliegende, ungenutzte städtische Räume sollen im Hinblick auf die Schaffung dauerhafter Strukturen, ins-

besondere mit gewerblichen, öffentlichen und privaten Einrichtungen, städtebaulich erschlossen werden. Zur Weiterentwicklung stadtgerechter, gleichzeitig aber auch umweltschonender Gesamtverkehrsplanungen werden Schwerpunkte auf den ÖPNV sowie Fuß- und Radwegeverbindungen gelegt. Als weiche Standortfaktoren werden vorhandene Grünflächen gesichert, neue Sport-, Spiel- und Freiräume geschaffen und naturnahe Standorte erhalten bzw. renaturiert.

Für Kommunen ist das Instrument „Landesgartenschau“ deshalb so besonders wirksam, weil nicht nur punktuell und nacheinander Fördermaßnahmen umgesetzt werden, sondern Sanierung und Weiterentwicklung sowohl im inhaltlichen als auch zeitlichen Zusammenhang erfolgen. Durch dieses integrierte Vorgehen lassen sich die Ziele nachhaltiger und effektiver umsetzen als durch verschiedene Einzelmaßnahmen. Wesentliches Merkmal dieses Förderinstrumentes ist also die konzeptionelle Zusammenführung und Konzentration von Maßnahmen aus verschiedenen Themen- und Politikbereichen zu einem bestimmten Zeitpunkt.

Für städtebauliche, verkehrsinfrastrukturelle, landschaftsbauliche und renaturierende Maßnahmen hat das Land die in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Mittel investiert.

Kaiserslautern (2000)

Das Gartenschaugelände wird nach Abschluss der Landesgartenschau jährlich als kommunale Gartenschau genutzt und bietet mit blühenden Garten- und Parkanlagen sowie zahlreichen Veranstaltungen, Kulturangeboten, Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie unverwechselbaren Highlights wie einer der größten Dinosaurier-Ausstellungen Europas und der LEGO Ausstellung ein wichtiges touristisches Angebot in der Westpfalz.

Bis zum Jahr 2009 war die Gartenschau eine Tochtergesellschaft der Stadt Kaiserslautern, ehe sie an eine neue Betreibergesellschaft unter Federführung der Lebenshilfe Westpfalz e.V. überging. Diese trägt nun auch die Gartenschau und das Brauhaus als Integrationsgesellschaft: iKL- Gemeinnützige Integrationsgesellschaft Kaiserslautern mbH. Ziel dieser Integrationsgesellschaft ist die Schaffung von Arbeitsplätzen am ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen. Gleiches gilt auch für den Ausbildungsbereich. Die iKL bildet Jugendliche und junge Erwachsene mit Beeinträchtigungen zu Gärtnern und Werkern im Garten- und Landschaftsbau aus.

Tabelle: Förderung von Landesgartenschauen Rheinland-Pfalz

	Kaiserslautern	Trier	Bingen	Landau ¹
	TSD €			
Landesförderung insgesamt	11.736	16.916	25.876	25.598
Städtischer Anteil Investitionen	2.650	1.300 ²	7.800	8.572
Bilanz Durchführungshaushalt	-2.280 ³	-2.979 ⁴	+500 ⁵	-4.684 ⁶
Anzahl Besucher	1,2 Mio.	0,723 Mio.	1.332 Mio.	0,823.427 Mio.

Trier (2004)

Öffentliche Investitionsvolumina:

- ca. 15,5 Mio. Euro (Landes- und städtische Mittel) im Zusammenhang mit der LGS 2004
- ca. 20 Mio. Euro im Zusammenhang mit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme

Investitionsvolumen der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg (EGP) bis zum Projektabschluss:

- ca. 100 Mio. Euro

¹ Bewilligte Mittel, vorläufige Aufstellung, Stand Februar 2018.

² Ohne städtischen Beitrag für Entwicklungsgesellschaft Petrisberg (EGP) (EGP-Beitrag insgesamt: 8,3 Mio. Euro).

³ Kleine Anfrage Nr. 2098 vom November 2004 (Mitteilung der Gartenschau-Gesellschaft Kaiserslautern, Stand Oktober 2000).

⁴ Bilanzpressekonferenz Stadt Trier, 7. Dezember 2004.

⁵ Bilanzpressekonferenz Stadt Bingen, 26. Januar 2009.

⁶ Abschlussdokumentation LGS gGmbH.

Private Investitionen bis zum Projektabschluss:

- Wohnbau: ca. 200 Mio. Euro
- Gewerbebau: ca. 100 Mio. Euro

Wirtschaftliche und strukturelle Impulse der Gartenschau konnten Folgeinvestitionen mit dem Faktor bis 1:10 nach sich ziehen. In Trier konnte die EGP Folgeinvestitionen sowohl im privaten als auch gewerblichen Bereich von insgesamt ca. 300 Mio. Euro erwirtschaften.

Der „Neue Petrisberg“ ist seither durch eine professionelle Entwicklung auf Basis einer öffentlich-privaten Zusammenarbeit entstanden. Der WIP Wissenschaftspark Trier, der Büro-, Dienstleistungs- und Wissensstandort, spielt mit seinen 175 Unternehmensansiedlungen und über 1.200 Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle als Entwicklungsmotor für die Region.

Die Daueranlagen der Landesgartenschau werden inzwischen von der Petrispark GmbH, einer Tochtergesellschaft der Stadt Trier, unterhalten und mit Veranstaltungen bespielt.⁷ Der Standort Petrisberg hat sich aufgrund der infrastrukturellen Investitionen in die Schaffung eines vielfältigen und anspruchsvoll gestalteten Landschaftsraums mit integrierten Spiel- und Sporteinrichtungen zu einem sehr beliebten Ausflugsziel entwickelt. Darüber hinaus entwickelt sich die Wohnbebauung auf dem Gelände weiter und umfasst vielfältige Wohnformen (z. B. kombiniertes Wohnen und Arbeiten, gemeinschaftliche Wohnprojekte bzw. Wohnhöfe, Eigentumswohnungen, Einfamilienhäuser, Studentenwohnheime).

Bingen am Rhein (2008)

Das ehemalige Gelände der Landesgartenschau wird seit Anfang 2010 als Kulturufer Bingen mit entsprechend ambitionierten Veranstaltungen und Kunstausstellungen (v. a. Kuno Piero-Stiftung) vermarktet. Das Rheinufer hat sich nach seiner Sanierung und Neugestaltung als fester Anziehungspunkt mit hohem Freizeit- und Erholungswert etabliert.

Im Jahr 2014 wurde eine Studie zum Wirtschaftsfaktor Tourismus Bingen veröffentlicht⁸. Demnach wurde im Jahr 2013 ein Bruttoumsatz von 36 Mio. Euro durch Übernachtungsgäste und Tagesreisen erwirtschaftet. Profiteure sind das Gastgewerbe (17,0 Mio. Euro), der Einzelhandel (11,4 Mio. Euro) sowie der Dienstleistungssektor (7,8 Mio. Euro). Die hiervon abgeleitete direkte und indirekte touristische

⁷ Weitere Informationen unter www.petrisberg.de.

⁸ Wirtschaftsfaktor Tourismus Bingen 2013, dwif Consulting GmbH.

Einkommenswirkung beträgt insgesamt 16,9 Mio. Euro und entspricht einem Äquivalent von 540 Personen mit einem durchschnittlichen Jahreseinkommen von 31.500 Euro.

Im Jahr 2007 wurde mit der Realisierung des ersten Bauabschnitts des Wohnungsbauprojekts „Gartenstadt“ begonnen. Auf dem Gelände des ehemaligen Hafengeländes ist nach dem Durchführungsjahr ein Wohnungsbauprojekt entstanden. Träger ist die „Gartenstadt am Rhein GmbH“, die von der Entwicklungsgesellschaft Bingen (EGB) und der Sparkasse Rhein-Nahe zum Zwecke der Fertigung und Vermarktung gegründet wurde. Mittlerweile wurden dort zwei Bauabschnitte mit insgesamt sieben Stadtvillen und 47 Wohnungen gebaut und verkauft. Im April 2018 hat die Stadt den verbleibenden Baugrund an einen Investor verkauft, der ab 2019 mit dem Bau weiterer elf Stadtvillen beginnen wird.

Landau (2015)

Durch die Landesgartenschau erhielt die Stadt Landau für ihre städtebauliche und verkehrsinfrastrukturelle Entwicklung einen signifikanten Impuls und festigt sich als Wirtschaftsstandort. Gegen den Trend wächst die Stadt und gehört neben Mainz, Trier und Worms zu den sogenannten „Schwarmstädten“ mit einem prognostizierten Bevölkerungswachstum bis 2030 von 1,3 % pro Jahr.

In Landau wird es, ähnlich wie auf dem Trierer Petrisberg, mit dem neuen Stadtquartier für etwa 1.500 Menschen mit 900 neuen Wohnungen und 300 neuen Arbeitsplätzen einen enormen Entwicklungsschub geben. Das neue Quartier wurde über zwei Fußgänger- und Radbrücken angeschlossen und mit dem angrenzenden Landschaftsschutzgebiet „Ebenberg“ sowie dem Gewerbegebiet verknüpft. Das Quartier weist außerdem einen neuen Freizeit- und Sportcampus auf. Mit den neuen Park- und Grünanlagen wird die Wohn- und Aufenthaltsqualität der Bewohner deutlich verbessert.

Die Verkehrssituation konnte durch die Sanierung und den barrierefreien Ausbau des Hauptbahnhofs sowie den Bau eines weiteren Haltepunktes (Landau-Süd) und eines Verteilerkreises entlastet werden.

Nach Abschluss der Landesgartenschau im Jahr 2015 sind folgende Angaben durch die Stadt Landau übermittelt worden:

- Einnahmen während der LGS (Einzelhandel, Gastronomie, Hotellerie, Tourismus) ca. 26 Mio. Euro
- Geschätzte Folgeinvestitionen (privat und öffentlich) ca. 400 Mio. Euro

davon:

- Bahnhof und Bahnhofsumfeld ca. 12 Mio. Euro
- Fußgängerzone 1,5 Mio. Euro
- Private und gewerbliche Folgeinvestitionen, geschätzt 15 - 20 Mio. Euro
- Grundstücksverkäufe 7 Mio. €, in Planung: 29 Mio. Euro
- Bauinvestitionskosten im Gelände und unmittelbaren Umfeld 66,8 Mio. Euro (Stand 9/2014)

Die Stadt geht von einer gesicherten und beschleunigten Folgevermarktung im erschlossenen Landesgartenschaugelände aus.

2.2 Erwartungen zu den Effekten für den Tourismus im Welterbe Oberes Mittelrheintal

Das UNESCO Welterbe Oberes Mittelrheintal mit dem weltberühmten Loreley-Felsen gehört zur ersten Liga der touristischen Attraktionen in Deutschland und ist ein touristischer Leuchtturm in Rheinland-Pfalz.

Der mittelrheinische Raum mit der weltweit höchsten Burgendichte ist insgesamt von herausragender historischer Bedeutung. Zahlreiche historische Städte liegen – wie auf einer Perlenkette aufgereiht – am Flussufer des Rheins. Zudem zeichnet ein mythologisch-geistesgeschichtlicher Überbau, der im Begriff der „Rheinromantik“ verdichtet wurde, das Welterbegebiet aus. Keine andere Region in Rheinland-Pfalz wurde so intensiv von Literaten, bildenden Künstlern und Musikern aus dem In- und Ausland verewigt. Die Figur der Loreley, geschaffen von dem Dichter Clemens Brentano, ist Ausdruck dafür.

Touristisch bedeutsam sind auch die erlebnisorientierten Angebote wie der Rheinsteig, der RheinBurgenWeg und der Rheinradweg. Wirtschaftliches, kulturelles und touristisches Zentrum der Region ist die Stadt Koblenz, die nicht zuletzt durch die Ausrichtung der BUGA im Jahr 2011 einen großen Bekanntheitsgrad und einen Besucherstrom von mehr als 3,6 Millionen Menschen erfahren hat. Die BUGA 2011 hat nicht nur Einheimische, sondern auch eine Vielzahl von Gästen als Tages- oder Übernachtungsgäste in die Stadt und ins Welterbe Oberes Mittelrheintal gezogen. Dieser BUGA-Effekt ist bis heute quantitativ und qualitativ spürbar.

Ungeachtet der großen Potenziale und der umfassenden Aktivitäten im und für den Tourismus im Oberen Mittelrheintal, soll auch festgestellt werden, dass die Region seit langem vor großen Herausforderungen steht. Der Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal aus dem Februar 2013 hat diese Herausforderungen seinerzeit

zusammenfassend dokumentiert. Die Leerstandsproblematik bei Wohn- und Geschäftsgebäuden v.a. in den touristisch bedeutsamen Dorf- und Stadtkernen, die Nachfolgeproblematik, der Investitionsstau und der Fachkräftemangel im Gastgewerbe, der Bahnlärm und die Diskussion um die Notwendigkeit einer festen Mittelrheinquerung bei St. Goar – St. Goarshausen sind auch heute noch aktuelle Themen, mit denen sich das Welterbegebiet im geplanten Managementplan und in der Vorbereitung der BUGA 2031 auseinandersetzen muss. Der Tourismus wird hiervon direkt und indirekt beeinflusst.

3. Verkehrliche Herausforderungen

3.1 Bahnlärm

Die Schienenstrecken im Mittelrheintal sind ein bedeutender Teil des transeuropäischen Güterverkehrskorridors Rhein-Alpen zwischen Rotterdam und Genua. Dort verkehren ca. 200 Güterzüge pro Tag, mit einem Schwerpunkt auf der rechten Rheinseite und einem sehr hohen Anteil von Zugbewegungen in der Nacht. Aufgrund der unmittelbaren Nähe der Schienenstrecken zur Wohnbebauung werden dort im Außenbereich immissionsrelevante Pegel von bis über 100 Dezibel in der Spitze und bis 80 Dezibel als Mittelungspegel gemessen.

Seit dem Jahr 2000 wurden bzw. werden von der DB AG auf der Grundlage der freiwilligen Lärmsanierung des Bundes sowie weiterer Konjunktur- und Maßnahmenprogramme Lärmsanierungen an den Schienenstrecken des Mittelrheintals vorgenommen:

- Lärmsanierung durch konventionelle Lärmschutzwände und -fenster. Dieses Programm ist im Mittelrheintal (nördliche Landesgrenze bis Wiesbaden/Mainz) abgeschlossen und hat hier zu Investitionen von rd. 100 Mio. Euro geführt.
- Im Rahmen des Konjunkturpakets II hat der Bund im Jahr 2009 ein Pilot- und Innovationsprogramm aufgelegt und eine Liste von bundesweit über 80 Einzelmaßnahmen mit innovativen, ortsfesten Lärmschutztechniken aufgestellt. Zwölf der Maßnahmen wurden im Mittelrheintal durchgeführt. Dabei wurden insbesondere Dämmelemente an den Schienen eingebaut.
- Im Rahmen des Infrastruktur-Beschleunigungsprogramms II hatte der Bund im Dezember 2012 im Haushaltsausschuss des Bundestages eine weitere Maßnahmenliste beschlossen. Diese sah zusätzliche Lärmschutzmaßnahmen, insbesondere Dämmelemente an den Schienen, mit einem Volumen von 23,2 Mio. Euro im Mittelrheintal vor.

Bis zum Sommer 2014 wurden im Rahmen einer Machbarkeitsuntersuchung des Beirats „leiseres Mittelrheintal“ für jede Ortslage über die bisherigen Lärmsanierungsmaßnahmen hinausgehende technisch machbare weitere Maßnahmen identifiziert und bewertet. In einem zweiten Schritt wurden diese mit einem Umsetzungskonzept hinterlegt, das vom Beirat Ende 2014 beschlossen wurde. Die Untersuchung erstreckte sich über den Bereich des Welterbes Oberes Mittelrheintal von Koblenz bis Bingen / Rüdesheim sowie zwei Ortschaften im Rheingau, Oestrich-Winkel und Eltville, und zwei Ortschaften im unteren Mittelrheintal, Leutesdorf und Weißenthurm.

Anschließend war die Untersuchung des übrigen Mittelrheintals vorgesehen. Dazu sind Bund und DB AG aber nicht mehr bereit. Sie verweisen darauf, dass ohnehin eine Neubewertung des Sanierungserfordernisses anhand strengerer Grenzwerte in der Sanierungsrichtlinie des Bundes mit anschließender Nachsanierung bereits sanierter Strecken (auf Kosten des Bundes) erfolgen soll.

Bei den vom Beirat „leiseres Mittelrheintal“ befürworteten Maßnahmen handelt es sich um

- das akustische Schleifen der Schienen,
- die Abschirmung der Schienen,
- die Ausfächung von Geländern neben dem Gleis und
- Lärmschutzwände.

Insgesamt beläuft sich das Kostenvolumen der Investitionen auf 62,9 Mio. Euro, wovon 53,3 Mio. Euro auf Rheinland-Pfalz entfallen. Hiervon werden 7,7 Mio. Euro von Rheinland-Pfalz zugewendet. Hessen steuert zu den Maßnahmen in Hessen 1,9 Mio. Euro bei. Hinzu kommen Aufwendungen der Bahn für die Vorhaltung der zusätzlichen Anlagen. Auf einen Zeitraum von 25 Jahren werden sie auf 78,4 Mio. Euro geschätzt.

Inzwischen hat die DB AG auf Grund der Absenkung der Grenzwerte Anfang 2016 von 60 auf 57 dB(A) in Abstimmung mit dem BMVI die Machbarkeitsuntersuchung nochmals überarbeitet. Anhand der bis dato vorliegenden Ergebnissen können sieben weitere Gemeinden mit insgesamt zwölf zusätzlichen Maßnahmen – insbesondere weiteren Lärmschutzwänden – rechnen. Derzeit finalisiert die DB AG die Überarbeitung der Untersuchung und klärt die erforderlichen Finanzierungsfragen.

Mit dem Einbau von Schienenstegdämpfern soll Ende 2018 begonnen werden, in den Jahren 2019 bis 2025 (so die derzeitige Planung) sollen die weiteren Maßnahmen in den einzelnen Gemeinden umgesetzt werden.

BUGA-Konzepte, die beispielsweise die optisch ansprechende Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen (insbesondere der Lärmschutzwände) oder architektonische,

städtebauliche oder touristische Aspekte in Zusammenhang mit Lärmschutzbauten aufgreifen, müssten daher bereits bei den bevorstehenden Maßnahmen ansetzen.

Neben den Maßnahmen des Beirats „leiseres Mittelrheintal“ werden derzeit die Regelungen zur freiwilligen Lärmsanierung des Bundes fortgeschrieben. Diese Sanierung ist nach den bisherigen Vorgaben im Mittelrheintal bereits durchgeführt. Durch die Anpassung der Regelungen (Absenkung von Auslösewerten), ergeben sich aber unter Umständen im Mittelrheintal neue Ansprüche, die ggf. zu weiteren baulichen Lärmschutzmaßnahmen führen könnten. Auch bei einem möglichen altersbedingten Austausch bestehender Lärmschutzwände könnten die vorgenannten Konzepte eine Rolle spielen.

Verkehrsprognosen weisen eine Zunahme des Güterverkehrs bis 2025 um bis zu 50 % aus. Das ab 2021 vorgesehene Durchfahrtsverbot graugussklotzgebremster Güterwagen wird die Belastung aller Voraussicht nach reduzieren, aber die Problematik des Schienenverkehrslärms im Mittelrheintal nicht grundlegend beseitigen. Neben der Belastung der Bevölkerung beeinträchtigt der Schienenlärm auch die touristische Nutzung des Mittelrheintals. Der Schienenverkehrslärm wird ein wichtiges Thema in der Vorbereitung der geplanten BUGA sein.

In Zusammenhang mit der Gestaltung von Lärmschutzmaßnahmen ist auch auf eine Vereinbarung im aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung hinzuweisen. Unter Randnummer 5574ff heißt es dort: *„Bei der Gestaltung von Lärmschutzmaßnahmen im Schienenverkehr sollen insbesondere die jeweiligen Anforderungen an Sanierungsabschnitte mit besonderer Bedeutung für die Tourismus- oder Gesundheitswirtschaft berücksichtigt werden.“* Eine besondere Bedeutung für die Tourismuswirtschaft hat das Mittelrheintal bereits zum jetzigen Zeitpunkt, diese soll sich durch die geplante BUGA noch erhöhen. Somit ist zu erwarten, dass etwaige Konzepte in Zusammenhang mit der geplanten BUGA seitens der Bundesregierung unterstützt werden. Dass bei der Gestaltung von Lärmschutzwänden durch Änderung der Sanierungsrichtlinie zukünftig mehr Spielraum bestehen soll, wurde durch das BMVI auf der Sitzung des Beirats „leiseres Mittelrheintal“ am 12.04.2018 bestätigt.

Neben den Auswirkungen des Lärms und dessen Bewältigung sowie der Ausgestaltung von Lärmschutzmaßnahmen könnten auch Zukunftsperspektiven, die sich durch Entlastung der Rheinstrecken von Güterverkehr durch eine Alternativstrecke möglicherweise ergeben, für die BUGA relevant sein.

3.2 Mittelrheinquerung St. Goar – St. Goarshausen

Derzeit werden zum weiteren Vorgehen für die Planung einer möglichen Mittelrheinquerung zwischen St. Goar und St. Goarshausen zwischen den Vertretern des Ministeriums des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz, der Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, des Landesbetriebes Mobilität Rheinland-Pfalz und des Landesbetriebes Mobilität Diez sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz Abstimmungsgespräche zum Inhalt und Umfang der Unterlagen für das Raumordnungsverfahren geführt.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist aufgrund der weiteren erforderlichen Abstimmungen keine belastbare Aussage zum weiteren zeitlichen Ablauf bis zur Realisierung des Projektes möglich.

4. Baukulturelle Herausforderungen

Der außergewöhnliche Reichtum an baukulturellen Zeugnissen war ein Grund für die Anerkennung des Oberen Mittelrheintals als Welterbe der UNESCO. Mit der Aufnahme des Oberen Mittelrheintals in die Welterbeliste wird im Verständnis der Welterbekonvention das Ziel verfolgt, dessen Fortentwicklung unter der Prämisse anzustreben, die materiellen Zeugnisse und historischen Entwicklungen nicht zu gefährden, auch mit Blick auf die Bewahrung der kulturellen Werte für kommende Generationen.

Der Managementplan für das Welterbe Oberes Mittelrheintal fordert daher überzeugende Konzepte für eine flächenübergreifende, zukunftsorientierte Sicherung und Entwicklung der besonderen baukulturellen Qualitäten. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2005/2006 die Initiative Baukultur für das Welterbe Oberes Mittelrheintal gegründet. Mitglieder der Initiative sind neben dem Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, die Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, die Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord (Geschäftsstelle), der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal, die Architektenkammer Rheinland-Pfalz und Vertreter der hessischen Ministerien.

Grundlage der gemeinsamen Arbeit ist die Förderung und Weiterentwicklung der regionalen Baukultur, des kulturellen Erbes, sowie der Kulturlandschaft des Welterbes Oberes Mittelrheintal. Die Tätigkeitsfelder der Initiative erstrecken sich auf die drei Bereiche Projekte, Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerk.

Herausragende Projekte sind z. B. die Unterstützung des Wettbewerbs „Neugestaltung des Loreleyplateaus“, Workshops bspw. für die Umgestaltung des Hotels „Diehls“ in Koblenz oder aber die Leitfäden zur Baukultur. Ein gut funktionierendes Netzwerk mit

Kontakten zu Politik, Behörden, Hochschulen, der Wirtschaftsförderung, dem privaten Immobilienmarkt, Vereinen und Verbänden bündelt verschiedenste Kompetenzen und schafft Möglichkeiten zur breiten Unterstützung von Projekten.

Im Rahmen der regelmäßig stattfindenden AG-Sitzungen der Initiative Baukultur im Welterbe Oberes Mittelrheintal hat die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz Ende 2017 über die Machbarkeitsstudie und den aktuellen Stand zur Bundesgartenschau 2031 referiert. Die Initiative Baukultur hat ihre umfangreichen Möglichkeiten und ihr Netzwerk vorgestellt.

Grundsätzlich kann ein Stadt- und Landschaftsbild, das durch regionale Baukultur geprägt ist, als Standortfaktor dienen. Die Identifikation kann dann nicht nur nach innen, sondern auch nach außen wirken und Touristen anziehen. Daher ist hier auf die qualitätsvolle Gestaltung der Gastronomie und Übernachtungsbetriebe hinzuwirken. Die Gestaltung der Ortskerne sowie der Uferbereiche werden zudem als wichtige Bausteine zur Weiterentwicklung des Oberen Mittelrheintals angesehen.

Die Initiative Baukultur im UNESCO Welterbe Oberes Mittelrheintal beabsichtigt im Rahmen der BUGA 2031 Projekte, Wettbewerbe oder Veranstaltungen zu unterstützen und zu fördern. Ein genaues Arbeitsprogramm liegt noch nicht vor.

5. Herausforderungen für den Naturschutz

Während des Anerkennungsprozesses als UNESCO Welterbe stellten die Gutachter von ICOMOS die Bedeutung der Steilhanglagen für das Mittelrheintal heraus. Die zoologische und botanische Bedeutung des Mittelrheintals ist europaweit anerkannt. Alleine aus der Gruppe der Schmetterlinge wurden rund 660 Arten nachgewiesen. Das ist die größte Schmetterlingsdichte in Deutschland. Auch viele andere Artengruppen sind mit hohen Artenzahlen vertreten. Dadurch ist das Mittelrheintal ein Hotspot der Biodiversität Mitteleuropas. Seit rund 40 Jahren bemüht sich der Naturschutz um die Erhaltung dieses einzigartigen biologischen Schatzes. Mit Unterstützung von innovativen Projekten, wie zum Beispiel dem E+E Projekt Mittelrheintal, hat die Landesregierung bereits kurz nach der UNESCO-Anerkennung Initiativen zur Reaktivierung der Rheinhänge begonnen. Ein beispielhaftes Ergebnis ist die halbwilde Beweidung bei Kamp-Bornhofen, die Wege aufzeigt, wie Hänge, die völlig aus der Nutzung gefallen sind und keine Nutzungsperspektive haben, gepflegt und einer Inwertsetzung zugeführt werden können. Die Rheinhänge stellen für die BUGA das größte ungenutzte Potential an Fläche dar, welches in den nächsten Jahren mit diversen Nutzungskonzepten in das konkrete Event einbezogen werden kann. Dies kann für viele Bereiche am Mittelrhein und seinen Seitentälern Innovationsschübe auslösen.

6. Managementplan Welterbe Oberes Mittelrheintal

Nach den Richtlinien der UNESCO sind für alle Welterbestätten verbindliche Managementpläne aufzustellen. Dabei bilden Managementpläne für die UNESCO das zentrale Planungsinstrument für den Schutz, die Nutzung, die Pflege und die erfolgreiche Weiterentwicklung von Welterbestätten. Ein Managementplan soll mögliche Risiken analysieren und Strategien zu deren Vermeidung aufzeigen.

Die UNESCO hat in ihrem Beschluss zur 41. Komitee-Sitzung im Jahr 2017 den Vertragsstaat (Rheinland-Pfalz & Hessen) aufgefordert, einen überarbeiteten Managementplan zur Prüfung vorzulegen. Somit ist der für das Welterbe Oberes Mittelrheintal vorliegende Managementplan aus dem Jahr 2001 fortzuschreiben.

Gemeinsam mit dem Land Hessen, dem Ministerium des Innern und für Sport und dem Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur hat der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal daher im April 2018 die Ausschreibung für die "Erstellung eines Managementplans mit integrierter Kulturlandschaftsverträglichkeitsstudie für die UNESCO Welterbestätte Oberes Mittelrheintal" gestartet. Der neue Managementplan soll bis Ende 2019 vorliegen. Erstellt wird dieser durch die Bietergemeinschaft Michael Kloos planning and heritage consultancy und v-cube. Diese Bietergemeinschaft zeichnet sich insbesondere durch vertiefte Kenntnisse sowohl der Strukturen und Abläufe der UNESCO also auch des Oberen Mittelrheintals und einen entwicklungsorientierten Ansatz aus. Prof. Kloos hat gemeinsam mit Prof. Wachten bereits zahlreiche Projekte im Mittelrheintal durchgeführt, unter anderem die Landschaftsbildbewertung zur geplanten Mittelrheinbrücke im Jahr 2010.

Ziel des Managementplanes ist es einerseits Instrumente zum Schutz und zur Bewahrung der Integrität und Authentizität der Welterbestätte zu definieren, andererseits sollen insbesondere auch Perspektiven und konkrete Maßnahmen für die weitere Entwicklung der Welterbestätte in den verschiedenen Bereichen wie Denkmal- und Kulturlandschaftsschutz, Wohnen, Tourismus, Wirtschaft, Verkehr etc. aufgezeigt werden. Ein Bestandteil des Leistungskatalogs ist daher auch die Erstellung einer Kulturlandschaftsverträglichkeitsstudie. Damit soll ermöglicht werden, aufbauend auf einer mit der UNESCO abgestimmten Methodik, größere Infrastrukturprojekte wie Verkehrsmaßnahmen oder auch Hotelprojekte schneller hinsichtlich ihrer Welterbeverträglichkeit beurteilen und Entwicklungsräume für das Mittelrheintal aufzeigen zu können.

Der Managementplan wird als zentrales Planwerk für das Welterbe Oberes Mittelrheintal fungieren und die bisherigen Konzepte wie den Masterplan Welterbe Oberes Mittelrheintal, das Umsetzungskonzept zum Masterplan sowie das Handlungsprogramm des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal zu einem

Planungsdokument zusammenführen. Im Managementplan sollen auch die Planungen zur Bundesgartenschau 2031 berücksichtigt werden und Hinweise zu einer weiterbeverträglichen Durchführung der Bundesgartenschau 2031 gegeben werden.